Wahlkampfplattform der Grünen Liste Umweltschutz

GLU

Gedruckt auf Umweltschutzpapier

Die Lage ist ernst. Doch schlimmer als all die gegenwärtigen Krisen wiegt die tägliche Hoffnungslosigkeit, wie sie durch Umweltzerstörung, unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen und Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird. Es fehlen glaubwürdige, überzeugende und ehrliche Alternativen. Dies gilt vor allem für die Politik in unserem Land – aber es gilt ebenso für unsere Beziehungen zur Natur, wie für unsere Beziehungen untereinander.

Die Probleme sind bekannt. Was wir brauchen sind Lösungen, die aus der Vier-Jahres-Hypnose der Politik und dem Wachstumswahn der Wirtschaft herausführen. Wir brauchen eine Zukunft mit Zukunft! Wir brauchen die Gewißheit, daß nicht nur das bloße Überleben, sondern auch ein besseres Leben möglich ist.

Die GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ hält dies für möglich und erreichbar, wenn wir bereit sind, anders zu denken, anders zu entscheiden und anders zu handeln. Anstelle der Polarisierung zwischen Rechts und Links muß eine neue Solidarität derer entstehen, die die Gefahren erkannt haben.

Wir müssen uns und unsere Umwelt endlich als Ganzes begreifen, müssen einsehen, daß weder die Natur um uns, noch die Natur in uns ausgebeutet werden darf. Die naturbedingten Grenzen unseres menschlichen Lebens müssen zum Maßstab für unser Handeln werden. Wir wollen diesen Maßstab anlegen, wenn es gilt, politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen zu treffen.

Für die GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ wird ausschließlich die Sache im Vordergrund stehen und nicht die Frage, wer sie vertritt. Wir werden daher alle Anstrengungen mittragen, die zur Verwirklichung unserer Ziele beitragen. Darum wollen wir mit Verbänden, Kirchen, Bürgerinitiativen usw. in einen konstruktiven Dialog eintreten. Wir sind jedoch nicht bereit, uns durch eine Koalition vereinnahmen zu lassen. Die GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ strebt keine Posten und Privilegien an, sondern eine neue Politik!

Um unser Programm zu ergänzen, legen wir die folgenden Wahlaussagen vor:

Wirtschaft

Wirtschaftliche Tätigkeit muß der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen dienen, sofern dies im Einklang mit den Bedingungen der Natur möglich ist.

Grenzenloses Wachstum und künstlich gesteigerte Bedürfnisse vernichten schon heute Lebensgrundlagen.

Wirtschaftspolitik erschöpft sich heute vorrangig in Industrieansiedlungen und rein technischen Produktivitätssteigerungen.

Rationalisierung macht zur Zeit weder den Arbeitsplatz menschenwürdiger noch dient sie der Arbeitsplatzsicherung oder allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen. Die GLU lehnt ausdrücklich solche Rationalisierungen ab.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt sich die GLU für folgende Maßnahmen ein:

- Förderung von Investitionen zur Energieersparnis und zur Anwendung alternativer Energiesysteme (dies hilft vor allem den gewerblichen Kleinbetrieben);
- Förderung von umweltfreundlichen Produktionsweisen (Langzeitprodukten, Wiederverwendung, Rekultivierung, Aufforstung, Gewässerschutz);
- Vergabe eines Forschungsauftrags zur Erstellung einer konkreten Abschätzung aller tatsächlich entstehenden Begleit- und Folgekosten von Produktion und Konsum, die gewöhnlich auf Anlieger, Allgemeinheit oder die Zukunft abgewälzt werden;
- Aufbau einer Modellregion zur Erprobung alternativer Produktionsweisen;
- spürbare Belastung umweltschädigender Produktionsweisen und Produkte;
- Investitionshilfen nur in Verbindung mit Arbeitsplatzgarantie;
- Verkürzung der Arbeitszeit in Richtung auf die 35-Stundenwoche;
- konsequente Anwendung der bestehenden Umweltschutzgesetze (keine Ausnahmeregelungen).

Energiewirtschaft und Atomprogramm

Die heutige Energieerzeugung bedroht in wachsendem Maße Mensch und Umwelt. Die weitaus größte Gefahr sind atomtechnische Anlagen. Zur Deckung des Energiebedarfs fordert die GLU:

- Nutzung aller anderen Energiequellen (Solarenergie, Windenergie);
- Nutzung bisher verschwendeter Energie;
- vermehrter Einsatz dezentraler Energieanlagen;
- wirksame Kontrolle der Energieversorgungs- und -verteilungsunternehmen; Entflechtung der in den Aufsichtsräten verfilzten Interessen;
- Aufhebung der Stromversorgungs- und -verteilungsmonopole;
- Sparsamkeit fördernde Stromtarifgestaltung;
- keine Rabatte für Energie-Verbraucher;
- Aufkündigung der Subventionen und Umleitung der For-

schungsgelder für umweltfreundliche Energietechnik.

Durch diese Maßnahmen erübrigt sich nicht nur ein weiteres Energiewachstum, sondern vor allem auch jegliche Stromerzeugung auf der Basis der lebensfeindlichen Atomtechnik. Deshalb fordert die GLU:

- keine Atomkraftwerke;
- Stillegung der vorhandenen im Betrieb und Bau befindlichen Atomkraftwerke;
- keine Wiederaufbereitungsanlage (Plutoniumfabrik);
- kein Export atomtechnischer Anlagen;
- die unverantwortliche Produktion von Atommüll ist zu beenden.

Das bedeutet:

- kein Atomkraftwerk in Grohnde und anderswo;
- keine Wiederaufbereitungsanlage und kein Atommüllager in Gorleben bzw. Asse und anderswo;
- keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Esenshamm;
- Stillegung der in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke wie z. B. Lingen und Stade.

Natürliche Umwelt

Die Einengung der natürlichen Lebensräume und die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten zerstören das Gleichgewicht in der Natur und damit unsere Lebensgrundlage. Deshalb fordern wir:

- Schaffung eines selbständigen Landesministeriums für Umweltschutz durch Zusammenfassung der bisher zuständigen Abteilungen verschiedener Ministerien, das Ministerium ist mit entsprechenden Weisungsbefugnissen auszustatten;
- bei Gesetzgebung und Gesetzesanwendung ist dem Natur- und Lebensschutz gegenüber wirtschaftlichen Interessen der Vorrang zu geben;
- Schutz der Natur- und Erholungsräume vor Industrialisierung und ungerechtfertigter Verkehrserschließung;
- Schaffung eines Landesnaturschutzgesetzes, das der Zerstörung von Natur und Landschaft Einhalt gebietet;
- Novellierung des Rechts der Wasser- und Bodenverbände;
- eine Gesetzesinitiative Niedersachsens im Bundesrat, die die Zerstörung der Atmosphäre verhindert;
- Initiativen des Landes Niedersachsen für ein neues Tierschutzrecht, das die Tiere auch in der Praxis nicht länger als Sache, sondern als Lebewesen behandelt.

Landwirtschaft

Land- und Forstwirte sind Umweltgestalter von Berufs wegen. Um die für eine gesunde Umwelt erforderliche Vielfalt zu erhalten, fordert die GLU:

- Erhaltung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer bäuerlichen Größenordnung, also auch Klein- und Nebenerwerbsbetriebe;
- Verhinderung des sinnlosen Verdrängungswettbewerbs in der Landwirtschaft;
- Sicherung und Schaffung von vielfältig gegliederten Fluren;
- Schutz von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen;
- Schutz der Tierbestände vor schädlichen Abgasen, radioaktiven Substanzen und anderen Schadstoffen;
- Förderung der bei den Landwirten vorhandenen Bereitschaft, naturnahe Produktionsweisen anzuwenden;
- wertgerechte Entschädigung der Flächeneigentümer für Flächenverluste;
- bevorzugte Förderung von Betrieben, die umweltfreundliche Wirtschaftsweisen anwenden;
- Einschränkung forstlicher Monokulturen zugunsten naturnaher, vielfältig zusammengesetzter Waldbestände;
- Weiterführung der eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialsicherungssysteme (Krankenvorsorge, Unfallversicherung, Altersversorgung).

Stadtplanung und Wohnungsbau, Verkehrsplanung und Raumordnung

Stadtplanung, Wohnungsbau und Raumordnung sollen die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen fördern. Es müssen überschaubare Lebensbereiche geschaffen werden. Die Bürger sind über Planungen nicht nur formell zu informieren, sondern rechtzeitig und tatsächlich an den Planungen zu beteiligen.

Der öffentliche Verkehr muß absoluten Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben, da dieser in hohem Maße zur Energie- und Rohstoffverschwendung, Luftverschmutzung und Lärmerzeugung beiträgt.

Die GLU fordert deshalb:

- rechtlich verbindliche Beteiligung der Bürger an den Bauleitplanungen; auch in diesem Bereich Verbandsklage- und Mitwirkungsrecht;
- menschenfreundliche Stadtplanung;

- kindergerechte Planungen;
- Erreichbarkeit wichtiger Versorgungseinrichtungen per Fuß oder mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln (Dezentralisierung);
- Wohnmöglichkeiten für Kinderreiche und Mehrgenerationsfamilien;
- keine architektonischen Barrieren für Behinderte und Alte;
- Erhaltung gewachsener Bausubstanz, keine Abrißsanierung;
- Verkehrsberuhigung in Wohngebieten;
- Verhinderung eines weiteren Anwachsens des Verkehrsaufkommens durch Dezentralisierung;
- Beschneidung der Auswüchse des umweltfeindlichen motorisierten Individualverkehrs; gleichzeitig Ersatz durch attraktiven öffentlichen Verkehr;
- Beschränkung des Flugverkehrs auf das Allernotwendigste;
- Straßenbau nur nach eingehenden Bedarfs- und Umweltverträglichkeitsanalysen;
- verstärkter Bau von Radwegenetzen in Stadt und Land;
- Rückverlagerung des Fernverkehrs auf die Schiene;
- Erhaltung und Ausbau des Schienennetzes vornehmlich in den weiten ländlichen Gebieten Niedersachsens mit dem Ziel, daß jeder Ort mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedarfsgerecht bedient wird;
- keine unnötige Verkehrserzeugung durch Siedlungsmaßnahmen;
- Abwicklung des notwendigen Verkehrs auf die ökologisch sinnvollste Weise, um kommunikationsfeindliche und landschaftszerstörende Zersiedlung zu verhindern.

Die Stellung der Frau in der Gesellschaft

Der ökologische Gesichtspunkt, nämlich optimale Lebensbedingungen für alle Lebewesen, muß auch für Frauen und Kinder gelten. Jetzt ist die technische Gesellschaft so organisiert, daß Frauen das ersetzen müssen, was die beziehungslose und gefühlsarme Umwelt nicht geben kann.

Frauen tragen meist allein die Verantwortung für das Heranwachsen der Kinder, das Gelingen ihrer Schullaufbahn, für die „Wiederaufbereitung des Mannes", für Wärme und Beständigkeit in menschlichen Beziehungen.

Aus welcher Quelle nehmen sie die Kraft, das zu ersetzen, was andere verbrauchen?

Wir Frauen sind nicht länger bereit, unser Bedürfnis nach Anteilnahme und Entfaltung unserer Persönlichkeit mit käuflicher

„Ware" und vorgefertigten Freizeitvergnügen abspeisen zu lassen. Wir fühlen uns in der konsumorientierten Gesellschaft isoliert.

Wir fordern für alle Frauen die Aufhebung der gesellschaftlichen Bedingungen, die Isolation und Benachteiligung der Frau hervorrufen.

Wir fordern die Unterstützung von Frauenhäusern und Frauenzentren und die Förderung von Wohnungen, die das Leben in größeren Gruppen (z. B. Mehrgenerationsfamilie) möglich machen.

Wir lehnen die Vergeudung von Steuergeldern für Maßnahmen ab, die die Isolation der Menschen voneinander verstärken, ja perfekt machen.

Statt teure Altenheimplätze aus Steuergeldern zu finanzieren, fordern wir, daß diese Gelder zur Integration alter Menschen in Familien verwendet werden.

Statt teurer Fürsorgeplätze wollen wir Familien unterstützen, die gefährdete Kinder aufnehmen (Kinderkrippenplätze erübrigen sich dadurch).

Wir fordern Umweltbedingungen, unter denen es Spaß macht, mit Kindern zu leben. Dazu gehören auch Halbtagsstellen für Männer und Frauen bei voller sozialer Sicherung, weil so auch Männer am Familienleben teilnehmen können.

Weil wir keine Beschränkung unserer Selbstverwirklichung hinnehmen wollen, fordern wir, daß alle Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen für Frauen zugänglich sind.

Außerdem müssen Bedingungen geschaffen werden, die die Beteiligung der Frauen in den politischen Gremien im Verhältnis ihres Bevölkerungsanteils ermöglichen.

Für das Glück unserer Kinder muß sich jeder verantwortlich fühlen. Alleinstehende Mütter und Väter brauchen z. B. emotionale und finanzielle Unterstützung von allen (Wiederherstellung der Nachbarschaft).

Die GLU wird Initiativen ergreifen, daß menschenwürdige Lebensbedingungen auch für behinderte und sozial schwache Bürger geschaffen werden.

Bildung und Forschung

Die Schule ist Umwelt unserer Kinder. Sie nimmt einen breiten Raum in ihrer Entwicklung ein. Diesen Bereich gilt es zu schützen. Das Schwergewicht der Bildungspolitik muß darin liegen, überlebensfähig zu machen. Daher fordert die GLU:

- Abbau der Überorganisation des Unterrichts durch Kultusminister und Schulämter;
- mehr Aufmerksamkeit für inhaltliche Schwerpunkte (Erzie-

hung zu verantwortlichem Umgang mit der Umwelt und zu solidarischem Verhalten gegenüber den Mitmenschen; Berücksichtigung der Gesamtpersönlichkeit der Heranwachsenden durch Auflockerung des theoretischen Unterrichts zugunsten körperlicher Betätigung, praxisnaher und musischer Fächer; Abbau des Leistungsdrucks, damit die Schule für Schüler und Lehrer wieder menschlicher wird);

- Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit durch ausreichende Unterrichtsversorgung aller Schüler in kleinen Klassen;
- Erhaltung überschaubarer Schuleinheiten;
- Abbau von Schulkonzentrationen, die sich nicht bewährt haben;
- Vermeidung belastender Schülertransporte;
- eingehende Prüfung der Vor- und Nachteile, die sich aus einer Anbindung der Orientierungsstufe an die Grundschule ergeben;
- Rückführung der Orientierungsstufe auf ihre ursprüngliche Absicht (Orientierung statt Auslese);
- Auswertung der Erfahrungen aus Gesamtschulen und Schulversuchen und Umsetzung positiver Ergebnisse in die Praxis.

Im Hochschulbereich fordert die GLU die Freiheit von Forschung und Lehre im Rahmen ihrer Verantwortung vor Gesellschaft und Leben. Lebensfeindliche Forschungen werden abgelehnt (z. B. chemisch-biologische Kampfmittel).

Politische Rechte

Die GLU bemüht sich um ein neues Verhältnis zwischen Bürgern und Mandatsträgern. Zu diesem Zweck

- wird sie die gegenseitige Verantwortung von Wählern und Gewählten stärken;
- wird sie der Verselbständigung von GLU-Abgeordneten entgegentreten;
- werden sich die GLU-Abgeordneten vor Bürgern verantworten und insbesondere ständigen Kontakt mit Bürgerinitiativen, Natur- und Lebensschutzverbänden halten. Den Interessen dieser Gruppen fühlen sich die GLU und ihre Abgeordneten besonders verpflichtet.

Die GLU fordert die Aufhebung der ungerechtfertigten Nettodiätenerhöhung der Abgeordneten. Die GLU-Landtagsabgeordneten werden 50 % der Diäten, mindestens aber den Betrag, der ihr altes Nettogehalt überschreitet, in einen Ökofonds abführen und der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen. Die GLU-Abgeordneten verpflichten sich, keine Beraterverträge abzuschließen und keine Aufsichtsratsmandate anzunehmen.

Die GLU praktiziert auf Parteiebene das rotierende System, d. h. die institutionalisierte, zeitliche und zahlenmäßige Begrenzung von Ämtern und Mandaten.

Die GLU fordert absoluten Schutz des Privatlebens vor jeglicher Kontrolle (z. B. durch Behörden, Wirtschaft, Computer) und kostenlose und umfassende Abfragbarkeit von personenbezogenen Daten durch den betroffenen Bürger. Manipulation der Bevölkerung und Machtkonzentration durch den Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen muß unterbunden werden. Die GLU fordert die konsequente Wahrung der politischen Rechte, insbesondere:

- das Recht zur friedlichen und unkontrollierten Demonstration;
- das Recht auf Berufswahl ohne Diskriminierung politisch Andersdenkender;
- keine Einschränkung der Mitbestimmung aller Auszubildenden durch verschärftes Ordnungsrecht und Einschränkung der Rechte ihrer Vertretungen;
- keine Speicherung von nachrichtendienstlichen oder polizeilichen Ermittlungsergebnissen von Demonstrationen und Löschung bereits gespeicherter Daten dieser Art;
- die Einstellung aller politischen Prozesse gegen Atomkraftwerksgegner; die Prozesse dürfen nicht die Funktion politischer Repression haben;
- die Entflechtung der Pressekonzerne und die Stärkung der regionalen Presse sowie die Freiheit der Redakteure von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Gestaltung ihrer Äußerungen;
- den Schutz der Grundrechte durch engagierte Politik statt unwirksamer Gesetze und Verordnungen; Aufhebung der bereits erlassenen Gesetze und Verordnungen dieser Art.

Zur besseren Planungskontrolle der Behörden fordert die GLU die Einführung des Verbandsklagerechts.

Behörden sind zu dezentralisieren, damit die Bürger ihre Verwaltung leichter erreichen und kontrollieren können. Die GLU fordert die Einführung von gewählten Orts- und Stadtteilräten sowie Bürgervertretern, die von der Verwaltung unabhängig sind (Ombudsmann).

Unsere Kandidaten in den hannoverschen Wahlkreisen. Sie können sie jederzeit gern anrufen:

1 – **Hannover-Mitte: Dr. Helmut Lippelt** (46), Historiker, 10 Jahre in der Wirtschaft, 13 Jahre in der SPD, Lehrer an der Elsa-Brändström-Schule
Heinrich-Heine-Straße 50 **Tel.: 88 83 66**

2a – **Hannover-Nordwest: Elke Neddermeyer** (27), verheiratet, 2 Kinder, studiert Theologie und Musik an der Pädagogischen Hochschule
Thönse, Wettmarer Straße 318 **Tel.: 0 51 39 / 60 54**

2b – **Hannover-List: Dietlind Preiss** (37), Lehrerin, Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz
Ostwenderstraße 3 **Tel.: 31 58 93**

3 – **Hannover-Nordost: Helmut Düster** (41), verheiratet, 1 Kind, Versicherungskaufmann, arbeitet mit im Eilenriede-Beirat und im Vorstand der Bürgerinitiative Umweltschutz
Lutherstraße 1 **Tel.: 80 31 57**

4 – **Hannover-Südost: Otto Hut** (48), verheiratet, 2 Kinder, kaufmännischer Angestellter und Betriebsratsvorsitzender
Wülfeler Bruch, Kol. Weidengrund 246 **Tel.: 42 85 42**

5 – **Hermann Bergengruen** (42), verheiratet, 2 Kinder, Pastor, leitete 7 Jahre die Evangelische Studentengemeinde. Unser Kandidat auch auf der Landesliste
Rambergstraße 7 **Tel.: 33 20 77**

6 – **Hannover-Linden: Hans-Heinrich Prieß** (37), verheiratet, 2 Kinder, Polizeibeamter und Hobby-Entomologe
Ricklinger Stadtweg 31 **Tel.: 42 79 82**

Weitere Kontaktadressen: **Martina Maybaum, Tel.: 6 96 51 46. Dr. Manuel Kiper, Tel.: 7 62 37 97 oder 62 33 26**

Als eine neue Partei müssen wir vorläufig noch unsere Wahlkampfkosten aus der eigenen Tasche finanzieren. Für Spenden gegen Bescheinigung für das Finanzamt sind wir daher sehr dankbar.

GLU-Hannover, Postscheck Hannover 32 40-306.

Grüne Liste Umweltschutz (GLU)
Landesverband Niedersachsen · Postfach 22 80 · 3000 Hannover 1